

Zu meiner Person

Geboren 1972 und aufgewachsen in der Lüneburger Heide, trat ich mit 16 Jahren in die SPD ein und engagierte mich dort bei den Jusos und im Ortsvereinsvorstand. 1993 trat ich wegen der Zustimmung zum so genannten Asylkompromiss aus der SPD aus.

Im selben Jahr zog ich nach Bremen und begann, Musik und Politik auf Lehramt zu studieren. An der Universität war ich nicht nur im AStA engagiert, sondern auch Präsident des Studierendenrates und Mitglied des akademischen Senats. 1995 trat ich außerdem in die PDS ein. Vor und während des Studiums habe ich unter anderem im Gartenbau gearbeitet.

Ich habe seit 2005 für die PDS hauptamtlich gearbeitet und bin heute für DIE LINKE tätig, deren Entstehen ich aktiv begleitet und in Teilen mitgestaltet habe. Ich bin Mitglied bei der Gewerkschaft ver.di und seit 2010 im Betriebsrat der LINKEN.

Ich bin geschieden und habe keine Kinder. Ich bin evangelisch und in meiner Freizeit spiele ich Trompete. Seit 2006 lebe ich in Findorff.

Liebe Bremerinnen und Bremer,

ich lebe gerne in Bremen, einer Stadt mit reicher Tradition und tollen Menschen. Doch täglich bekomme ich mit, dass immer mehr Menschen nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Für Theater oder Kino, nicht einmal für das Bier in der Kneipe ist Geld da. Dies passiert mitten in einer der reichsten Regionen der Welt. Das Zusammenleben von Alt und Jung, Schwarz und Weiß, Religiösen und Atheisten muss nicht von Gegensätzen geprägt sein. Als Bremerinnen und Bremer wissen Sie das.

Teilnahme am gesellschaftlichen Leben darf nicht vom Geld abhängig sein. Ich möchte Armut bekämpfen. Alleine geht das nicht. Lassen Sie uns Bremen gemeinsam besser machen!



Andreas Hein
DIE LINKE. Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Telefon: 0421/32 06 66
Fax: 0421/32 06 67
andreas.hein@dielinke-bremen.de



**Andreas Hein:
Druck machen.
Links wählen!**

DIE LINKE.

www.dielinke-bremen.de

Unsere Politik für Bremen und Bremerhaven:

Mehr als 200 000 Menschen in Bremen sind arm; jedes dritte Kind der Stadt wächst in Armutsverhältnissen auf. Armutsbekämpfung erfordert ein gezieltes und entschlossenes Gegensteuern. Anstelle einer Regierungspolitik, die die Armen bekämpft, fordert DIE LINKE ein grundlegendes Programm zur Bekämpfung der Armut. Anstatt milliardenschwerer Rettungspakete für Banken und große Unternehmen fordert DIE LINKE in Bremen einen Schutzschirm für die Menschen dieser Stadt.

Laut aktuellem Reichtums- und Armutsbericht haben 16 Bremer Stadtteile erhebliche sozial-ökonomische Probleme. In diesen lebt es sich nicht nur schlechter aufgrund der vernachlässigten Infrastrukturen und Wohnverhältnisse, hier sterben die Menschen auch früher – im Vergleich zu privilegierten Stadtteilen bis zu 7,8 Jahre.

Die Erwerbslosigkeit in Bremen, die sich seit Jahren auf einem hohen Niveau hält, ist wesentlich verantwortlich für die Verarmungsprozesse in Bremen. Neben der Erwerbslosigkeit sind Kinder das größte Verarmungs-

risiko. Die Hälfte aller alleinerziehenden Frauen mit minderjährigen Kindern lebt an der Armutsgrenze. Das dritte große Armutsrisiko ist ein Migrationshintergrund. Menschen mit Migrationshintergrund werden in der Regel schlechter bezahlt, weil ihre Qualifikationen oft nicht anerkannt werden. Kinder und Jugendliche, deren Deutschkenntnisse zu Beginn ihrer Bildungskarriere mangelhaft sind, sind im deutschen Bildungssystem praktisch chancenlos und erwerben meist keine qualifizierenden Abschlüsse. Damit sind Armut und gesellschaftliche Isolierung vorprogrammiert.

Auch nach dem kompletten Scheitern der Agenda 2010 halten SPD und Grüne am menschenverachtenden Hartz-IV-System fest. Anstatt neue sozial- und arbeitslosenversicherungspflichtige, tariflich abgesicherte Arbeitsplätze zu schaffen, werden Erwerbslose und Hartz-IV-Geschädigte in menschenverachtende und völlig perspektivlose Ein-Euro-Jobs oder in die »Bürgerarbeit« gedrückt und mit repressiven Sanktionen drangsaliiert.

DIE LINKE in Bremen setzt sich für eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung ein. Sie steht für eine Sozial- und Arbeitsgesetzgebung, die mit der neoliberalen Politik

der letzten Jahre und der weiteren Zerschlagung des Sozialstaats bricht und die Grundrechte der abhängig Beschäftigten, der sozial Benachteiligten und geringer Bezahlten nachhaltig sichert.

Wofür DIE LINKE steht:

1. Armutsbekämpfung finanzieren, soziale Spaltung stoppen! Auf Landesebene: Ausbau der Stadtteilförderung. Zwangssanierung oder Enteignung von Schrottimmobilien, Aufkaufen unverantwortlicher Wohnungsgesellschaften. Bezahlbares Sozialticket für den VBN. Bezahlbarer Wohnraum für alle in allen Stadtteilen.

2. Hartz IV abschaffen, für armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung! Auf Landesebene: Erstattung der tatsächlichen Wohn- und Heizkosten. Zusätzliche Einmalzahlungen einführen. Keine Sanktionen. Armutsfeste und tariflich abgesicherte geförderte Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs und »Bürgerarbeit«.

